

solidarisch · kritisch

überparteilich · unabhängig

nachhaltig · visionär

lokal · global



Rohstoff- und Entwicklungspolitik im Widerspruch?

Der Wettbewerb um mineralische Rohstoffe



AG Globale Verantwortung (2017): Die Unfaire Milch – Agrar- und Entwicklungspolitik im Widerspruch?

Welche Auswirkungen hat die Agrarpolitik Österreichs und der EU im Milchsektor auf die ländliche Entwicklung in Ländern des Globalen Südens – beispielsweise in Burkina Faso? Dieser Frage geht diese Broschüre nach und beleuchtet dabei insbesondere die Auswirkungen der Agrarsubventionen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU sowie jene von Milchüberschüssen und Milchpulverexporten nach Afrika und Asien.



AG Globale Verantwortung (2018): Steuer- und Entwicklungspolitik im Widerspruch? Steuergerechtigkeit und die Rolle globaler Konzerne

Trägt die Steuerpolitik Österreichs im Bereich der Unternehmensbesteuerung zu nachhaltiger Entwicklung im Globalen Süden bei oder behindert sie diese – beispielsweise in Albanien? Diese Frage erörtert diese Broschüre und nimmt dabei die Besteuerung international agierender Unternehmen in den Blick. Datenleaks wie die Paradise Papers zeigen, dass Steuervermeidung und Steuerhinterziehung weltweite Probleme sind, die staatliche Einnahmen drastisch reduzieren.

Impressum:

Wien, März 2019

Medieninhaberin und Herausgeberin:
Globale Verantwortung – Arbeitsgemeinschaft für
Entwicklung und Humanitäre Hilfe
Apollogasse 4/9, 1070 Wien, Tel. +43 1 522 44 22-0
www.globaleverantwortung.at
Redaktion: Sophie Veßel und Annelies Vilim (AG Globale
Verantwortung)
Grafik: Gerda Decker
Druck: Grasl FairPrint,
Druckhausstraße 1, 2540 Bad Vöslau

Liebe Leserin, lieber Leser,

„Wir können die erste Generation sein, der es gelingt, Armut zu beseitigen, und gleichzeitig vielleicht die letzte Generation, die noch die Chance hat, unseren Planeten zu retten.“¹ Diese Worte finden sich in der Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung der UN wieder, die die Chancen und Herausforderungen unserer Zeit zum Ausdruck bringt. Die internationale Staatengemeinschaft hat diesen Aktionsplan für ein gutes Leben für alle im Jahr 2015 beschlossen. Die darin enthaltenen 17 *Ziele für Nachhaltige Entwicklung* (*Sustainable Development Goals*, kurz SDGs) und ihre 169 Unterziele integrieren die ökologische, soziale und ökonomische Dimension von nachhaltiger Entwicklung und zielen darauf ab, Armut weltweit zu beenden und die Lebensperspektiven aller Menschen zu verbessern.



Die Agenda 2030 enthält 17 Ziele, die zu einer nachhaltigen Entwicklung und zu einem guten Leben für alle beitragen sollen.

© UN

Damit die Agenda 2030 umgesetzt werden kann, braucht es eine ganzheitliche Politik. Hilfreich dafür ist das Konzept der *Politikkohärenz im Interesse Nachhaltiger Entwicklung* (*Policy Coherence for Sustainable Development*, PCSD), das im österreichischen und EU-Recht verankert ist.

Österreichisches Entwicklungszusammenarbeitsgesetz 2003: „Der Bund berücksichtigt die Ziele und Prinzipien der Entwicklungspolitik bei den von ihm verfolgten Politikbereichen, welche die Entwicklungsländer berühren können.“²

Andere Politikbereiche sollen die Erreichung entwicklungspolitischer Ziele also nicht behindern, sondern diese nach Möglichkeit unterstützen. So geht es vor allem darum, „negative Auswirkungen von Politiken der Industrieländer auf die Entwicklung im Süden zu vermeiden und gleichzeitig Synergien zwischen unterschiedlichen Politikbereichen zu bilden“³. Auch die Agenda 2030 sieht im Unterziel 17.14 vor, PCSD zu verbessern.

Ein wichtiger Politikbereich für die Erreichung entwicklungspolitischer Ziele und der SDGs ist die Rohstoffpolitik, da viele Länder des Globalen Südens* von Einnahmen aus dem Export von Rohstoffen abhängig sind und der Rohstoffsektor große Auswirkungen auf die Erreichung fast aller SDGs hat⁴. Wir setzen in dieser Publikation einen Fokus auf mineralische Rohstoffe**, da Österreich von diesen in hohem Ausmaß importabhängig ist und österreichische PolitikerInnen und UnternehmerInnen den globalen Rohstoffmarkt in diesem Bereich beeinflussen können. Die Rohstoffpolitik ist mit anderen Politikbereichen verbunden. Wir nehmen die Handels- und Investitionspolitik in den Blick, da diese große

* Mit Ländern des „Globalen Südens“ bezeichnen wir Länder, die gegenüber Ländern des „Globalen Nordens“ gesellschaftlich, politisch oder wirtschaftlich benachteiligt werden. Nord und Süd sind hierbei nicht geografisch zu verstehen. Auch wenn diese Begriffe nicht ideal sind, bevorzugen wir sie gegenüber den Bezeichnungen „Entwicklungsländer“ und „Industrieländer“, die sprachlich wertend eine Hierarchie ausdrücken.

** Mineralische Rohstoffe bezeichnen mineralische Bestandteile der Erdkruste, die ökonomische Bedeutung haben. Also: Produkte, die durch den Bergbau gewonnen werden, und Produkte, die in oder in der Nähe einer Mine verarbeitet werden (Website World Mining Data: Definitions, Zugriff: 27.11.2018). Agrarische Rohstoffe und Energierohstoffe wie Kohle, Erdöl und Erdgas sind nicht inkludiert.

Auswirkungen auf eine nachhaltige Entwicklung im Globalen Süden hat. Umwelt- und sicherheitspolitische Aspekte oder illegale Exporte von Elektronikgeräten nach Westafrika beispielsweise sind hingegen nicht Themen dieser Publikation.

Der Handel mit Rohstoffen kann unter bestimmten Bedingungen zum Beispiel zur Erreichung von SDG 8 beitragen, das auf dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum sowie produktive Vollbeschäftigung abzielt und menschenwürdige Arbeit für alle fördern soll. Gleichzeitig kann der Abbau mineralischer Rohstoffe die Erreichung von beispielsweise SDG 6, das die Verfügbarkeit sauberen Wassers vorsieht, massiv behindern, da dieser großer Wassermengen bedarf und Grundwasser verschmutzen kann. Grundsätzlich stellt sich die Frage, wie Abbau und Verwendung von Rohstoffen gestaltet werden müssen, um ein gutes Leben für alle zu erreichen, den Weltklimavertrag von Paris*⁵ umzusetzen und die Erderhitzung rasch zu begrenzen.

Ziel dieser Broschüre ist es zu erörtern, inwiefern die Rohstoffpolitik Österreichs im Bereich der mineralischen Rohstoffe zur Umsetzung der Agenda 2030 und damit zu nachhaltiger Entwicklung im Globalen Süden beiträgt oder diese behindert. Wir schließen mit Empfehlungen für die österreichische Rohstoffpolitik sowie für eine verbesserte Umsetzung von PCSD, also eine umfassende Abstimmung aller Politikbereiche, damit entwicklungspolitische Ziele erreicht werden.

* Die Mitgliedsstaaten der UN haben im Rahmen des Übereinkommens von Paris vereinbart, den globalen Temperaturanstieg deutlich unter zwei Grad im Vergleich zur vorindustriellen Zeit zu halten.

Der globale Wettbewerb um mineralische Rohstoffe

Abbau von Rohstoffen weltweit, in Milliarden Tonnen, 1970–2015

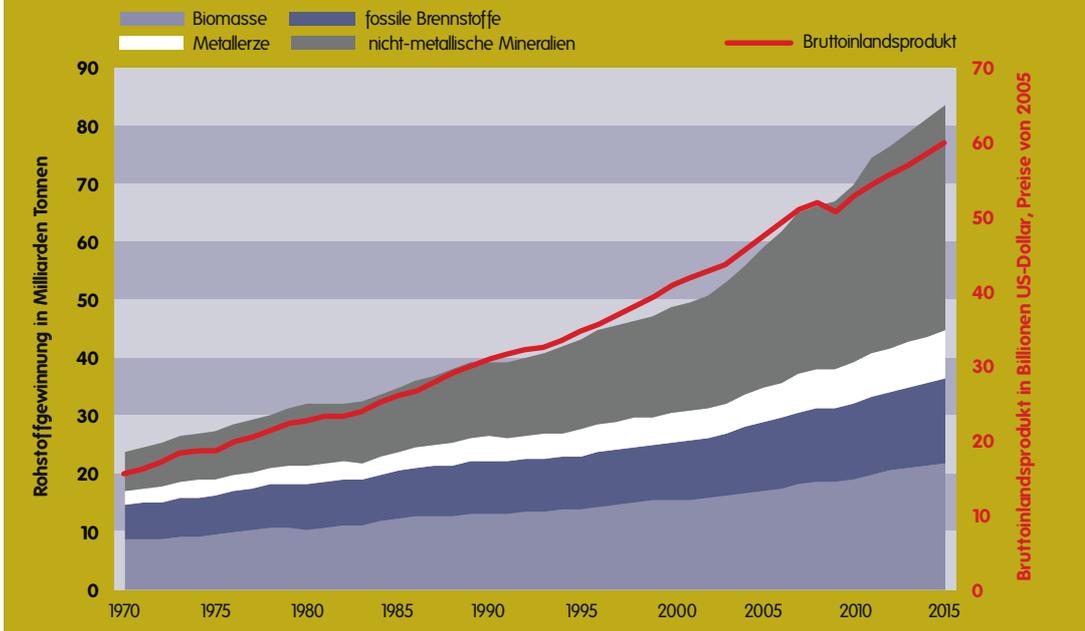


Abbildung 1:
Der Abbau von Rohstoffen nimmt weltweit zu.

Quelle: UNEP, International Resource Panel (2017): Resource Efficiency: Potential and economic implications, S. 58

Der Verbrauch von Rohstoffen hat sich weltweit in vier Jahrzehnten mehr als verdreifacht (Abbildung 1). Die reichsten Länder verbrauchen durchschnittlich zehnmal so viel wie die ärmsten Länder der Welt und etwa doppelt so viel wie der weltweite Durchschnitt (Abbildung 2)⁶.

Die Nachfrage nach mineralischen Rohstoffen ist aus mehreren Gründen weltweit stark gestiegen. Eine zentrale Ursache dafür ist das wirtschaftliche Wachstum Chinas und anderer Schwellenländer⁷. In den meisten Ländern in Sub-Sahara-Afrika überholte China die EU als wichtigster Käufer von Mineralien⁸. Des Weiteren werden bestimmte Rohstoffe wie seltene Erden, Indium, Germanium, Kobalt, Wolfram, Silizium oder Kupfer für neue Technologien wie Windkraftträder, Solarzellen, Elektroautos und Mobiltelefone benötigt⁹. Insbesondere aufgrund dieser Zukunftstechnologien erwartet die Deutsche Rohstoffagentur DERA eine weitere massive Steigerung der Nachfrage nach mineralischen Rohstoffen¹⁰.

Bestimmte mineralische Rohstoffe kommen nur in wenigen Ländern vor. So wurden 2013 fast 60 Prozent des Rohstoffs Kobalt in der Demokratischen Republik Kongo gefördert. Bei Lithium stellten Australien und Chile je fast 40 Prozent der globalen Förderung¹¹. Das führt dazu, dass importierende Länder im Rahmen ihrer Rohstoffpolitik den Zugang zu Märkten bestimmter Länder sicherstellen möchten.

Österreich benötigt mineralische Rohstoffe für die Industrieproduktion und ist bei diesen „in hohem Maße importabhängig“. Das Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus (BMNT), das für den

Abbildung 2:
Die reichsten Länder der Welt verbrauchen etwa doppelt so viel wie der weltweite Durchschnitt.

Quelle: UNEP, International Resource Panel (2017): Resource Efficiency: Potential and economic implications, S. 24

Inländischer Materialverbrauch pro Kopf nach Ländergruppen, in Tonnen, 1990–2010

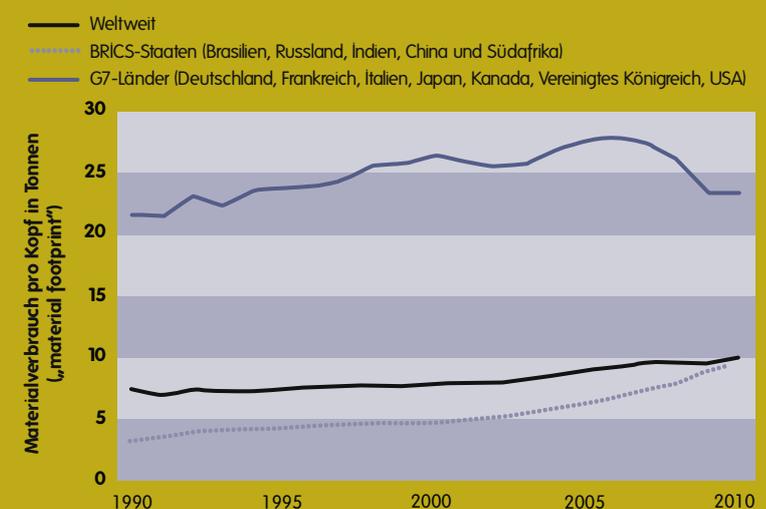
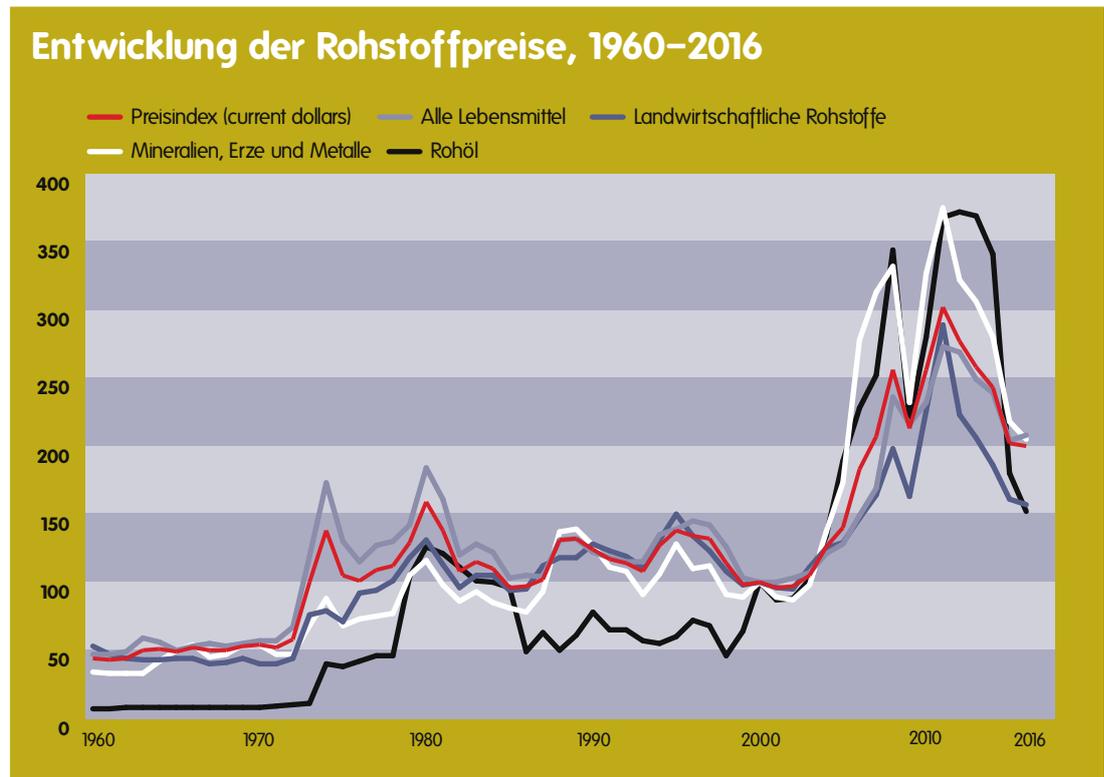


Abbildung 3:
Die Preise mineralischer Rohstoffe schwanken stark.

Quelle: Website UNCTAD STAT:
Free market commodity prices
indices, annual, 1960-2016.



Bergbausektor und die Versorgung mit Rohstoffen zuständig ist, stellt bei mineralischen Rohstoffen auf globaler Ebene „Verknappungen aufgrund handels- und geopolitischer Faktoren“ fest¹². Auch andere rohstoffimportierende Länder sehen die Versorgung ihrer Industrien mit mineralischen Rohstoffen gefährdet¹³. In Folge formulierten die Europäische Union (EU) und Österreich Strategien und Maßnahmen, um den Zugang zu mineralischen Rohstoffen auf den Weltmärkten und somit die Versorgung ihrer Industrien zu sichern¹⁴. Der Wettbewerb um den Zugang zu Rohstoffen hat weltweit zugenommen.

Die Preise am Rohstoffmarkt sind von starken Schwankungen geprägt, wie Abbildung 3 zeigt. Zwischen 2000 und 2011 verdreifachten sich die Preise für mineralische Rohstoffe, was die Position von produzierenden Ländern im Globalen Süden gestärkt hat. Nach 2011 sanken die Preise deutlich. Sie lagen jedoch im Jahr 2017 noch immer bei rund 60 Prozent über dem Preisniveau von 2000.

Der Abbau mineralischer Rohstoffe im Globalen Süden

Die ökonomische Bedeutung mineralischer Rohstoffe für Länder des Globalen Südens

In den Jahren 2014 und 2015 waren über 90 Länder des Globalen Südens* von Rohstoffexporten abhängig. In diesen Ländern betrug der Wert der Rohstoffexporte mehr als 60 Prozent des Gesamtwerts aller Warenexporte. 23 Prozent dieser Länder exportierten Mineralien, Erze und Metalle. Besonders in afrikanischen Ländern hat die Abhängigkeit von Rohstoffexporten seit 2009/2010 zugenommen (Abbildung 4)¹⁵. Der Abbau mineralischer Rohstoffe ist in über 80 Ländern – in denen fast 70 Prozent jener Menschen leben, die als extrem arm gelten – wirtschaftlich von zentraler Bedeutung. So sind im formalen Bergbausektor laut UN mehr als 3,7 Millionen ArbeiterInnen beschäftigt. Bis zu 100 Millionen leben vom kleingewerblichen Bergbau. Der Rohstoffsektor wird auch in Zukunft von großer Bedeutung für den Globalen Süden sein. Denn beispielsweise in Afrika liegen 30 Prozent der weltweiten mineralischen Reserven¹⁶. Viele Länder des Globalen Südens sind also auf den Abbau endlicher Ressourcen angewiesen und setzen auch bewusst auf diesen Sektor als Motor für die wirtschaftliche Entwicklung.

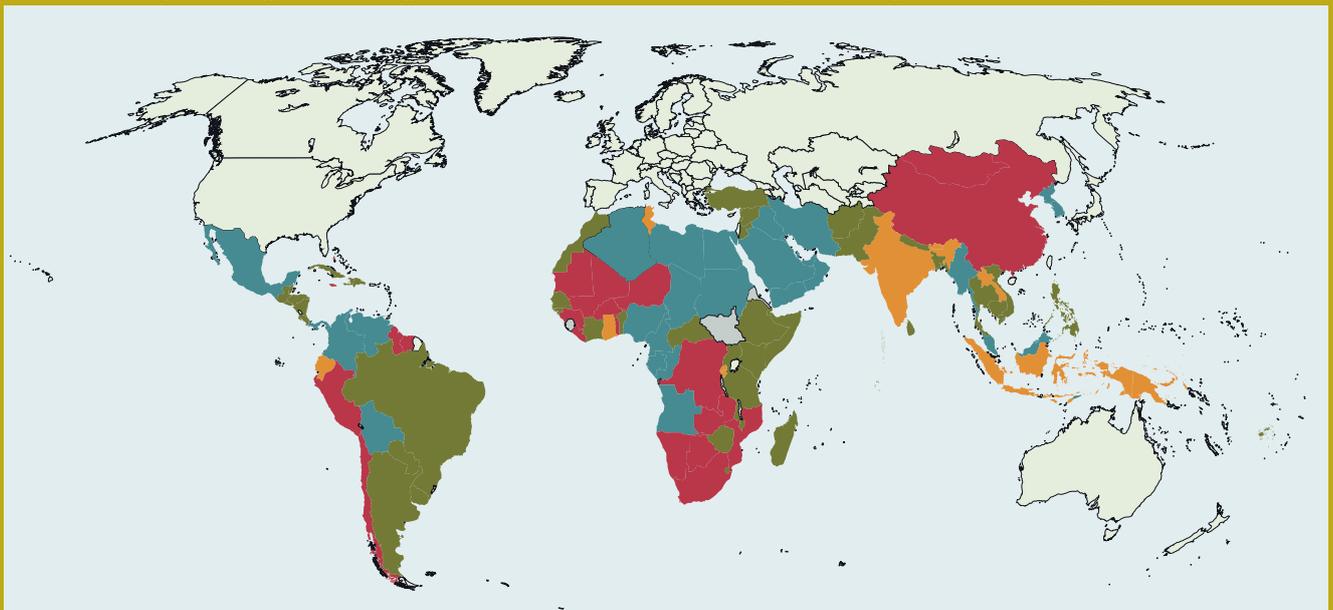
Angesichts der steigenden Nachfrage und höherer Preise haben viele Länder ihre Rohstoffexporte gesteigert. Das führt jedoch in vielen Fällen nicht zum erhofften wirtschaftlichen Aufschwung, da rohstoffreiche Länder des Globalen Südens weder ausreichend staatliche Einnahmen noch genügend lokale Wertschöpfung und lokale Beschäftigung erzielen können. Denn die Weiterverarbeitung und somit die Wertschöpfung geschieht oft in anderen Ländern. Zum Beispiel wird aus Bauxit, das in Guinea abgebaut wird, in der Ukraine Aluminium hergestellt. Wolfram oder Kobalt aus der Demokratischen Republik Kongo werden in China weiterverarbeitet¹⁷. Ghana, Tansania und Mali wurden

Abbildung 4:
Viele Länder des Globalen Südens sind vom Export unverarbeiteter Rohstoffe abhängig.

Quelle: UNCTAD (2017): State of Commodity Dependence 2016, S. 39

Abhängigkeit von Rohstoffexporten im Globalen Süden, nach Rohstoffen, 2014–2015

■ landwirtschaftliche Rohstoffe ■ Brennstoffe ■ Mineralien, Erze und Metalle ■ diversifizierte Rohstoffe ■ Daten nicht verfügbar



* Die UNCTAD bezieht sich in der hier zitierten Publikation auf eine Liste sogenannter Entwicklungsländer.



Die EigentümerInnen dieses Geschäfts in Guatemala hängten ein Plakat auf, das die Goldmine Marlin kritisierte. Daraufhin wurden sie mit Schüssen angegriffen.

© Dreikönigsaktion der Katholischen Jungschar

als Erfolgsbeispiele einer Liberalisierungspolitik in Folge der Schuldenkrise der 1980er Jahre gehandelt: Ausländische Direktinvestitionen in den Rohstoffsektor und Abbaumen gen nahmen zu. Allerdings konnten auch dort die öffentlichen Einnahmen, die lokale Wertschöpfung und die lokale Beschäftigung nur in begrenztem Ausmaß gesteigert werden¹⁸. Länder des Globalen Südens verfügen oft nicht über die nötigen Technologien, um Rohstoffe entsprechend der

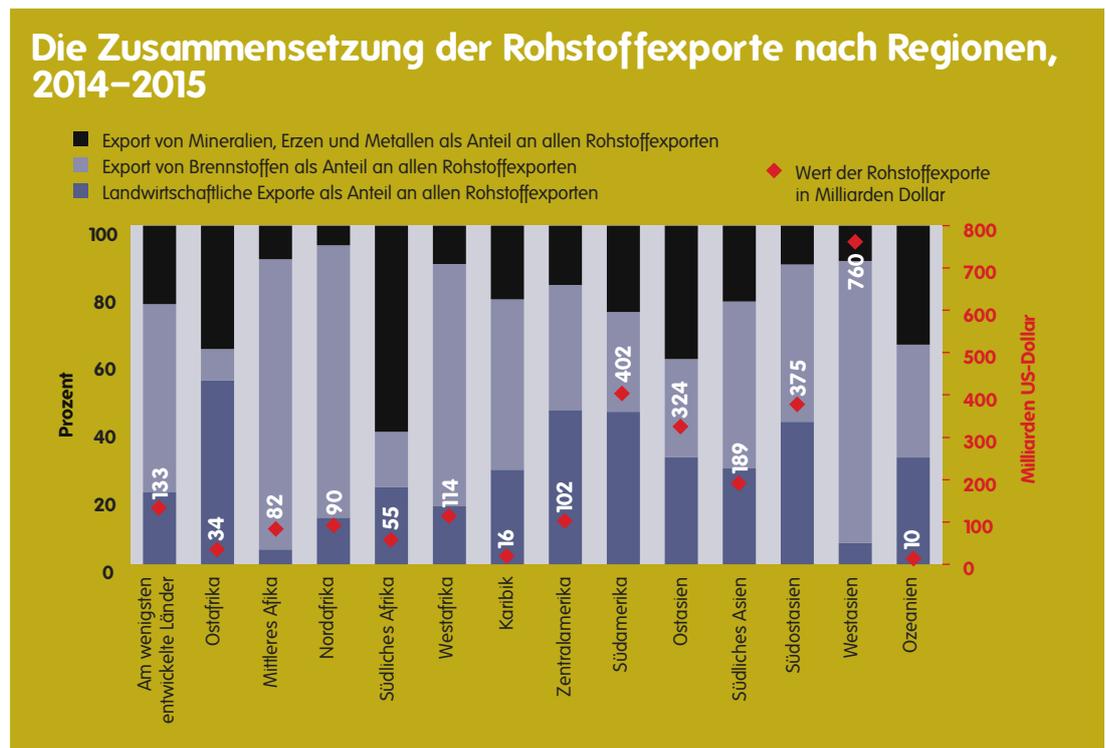
Anforderungen am Weltmarkt zu verarbeiten.

Laut Afrikanischer Entwicklungsbank sollten Länder 40 bis 60 Prozent der Renten* aus dem Rohstoffsektor abschöpfen können. Für die meisten Staaten wäre das eine massive Steigerung. Allerdings betrug beispielsweise der staatliche Anteil an den Renten aus der Kupferförderung in Sambia im Jahr 2008 nur 12 Prozent, in Tansania aus dem Abbau von Gold im Jahr 2009 nur 10,3 Prozent¹⁹.

Wieviel Steuern ein Staat aus dem Abbau und Handel seiner Ressourcen einnehmen kann, hängt von der Qualität des nationalen Steuersystems und vertraglichen Vereinbarungen mit Rohstoffunternehmen ab. Oft sind Verhandlungen über diese Verträge intransparent. Persönliche und politische Interessen einflussreicher Bevölkerungsgruppen bestimmen Verhandlungen in vielen Fällen. Das kann dazu führen, dass die Verträge die Interessen der Staaten zu wenig berücksichtigen. Die Aussicht auf hohe Einnahmen aus dem Abbau von Rohstoffen kann Korruption fördern und damit die Staatseinnahmen verringern. Außerdem versuchen Staaten mit steuerlichen Vergünstigungen Unternehmen anzuziehen, womit weniger Steuereinnahmen zur Verfügung stehen. Gleichzeitig fehlt für die Besteuerung des komplexen Rohstoffsektors oft die entsprechende Expertise in den Steuerverwaltungen, was es Konzernen erleichtert, einen Großteil ihrer Einnahmen steuerschonend ins Ausland zu verschieben. Sie vermeiden und hinterziehen dadurch Steuern, wobei die Intransparenz des globalen Steuersystems genützt wird.

Abbildung 5: Mineralische Rohstoffe machen in vielen Regionen des Globalen Südens einen bedeutenden Anteil an den gesamten Exporten aus.

Quelle: UNCTAD (2017): State of Commodity Dependence 2016, S. 35



* Renten bezeichnen Erträge, die die Produktionskosten (inklusive einer Mindestkapitalrendite) übersteigen (International Monetary Fund (2012): Fiscal Regimes for Extractive Industries: Design and Implementation, S. 5).

Rohstoffreiche Länder sind von Steuerflucht besonders betroffen, da der Rohstoffsektor wegen seiner Relevanz für Wirtschaft und Politik und den Interessen einflussreicher Bevölkerungsgruppen oft wenig Kontrolle unterworfen ist²⁰.

Soziale und ökologische Auswirkungen von Abbau, Verarbeitung und Verwendung mineralischer Rohstoffe

Der Rohstoffsektor habe so enorme soziale und ökologische Auswirkungen wie kein anderer Sektor, stellt John Ruggie, ehemaliger UN-Sonderbeauftragter für Wirtschaft und Menschenrechte, fest²¹. „Fast ein Drittel der wirtschaftsbezogenen Menschenrechtsbeschwerden weltweit sind dem Rohstoff- und Energiesektor zuzuordnen“, berichten Misereor und Germanwatch. Vor allem bei Großprojekten komme es oft zu Umsiedlungen, Lebensgrundlagen werden zerstört und Proteste unterdrückt²². Im Jahr 2017 war der Bergbau- und Rohstoffsektor jener Industriezweig, der mit den meisten Morden an Umweltaktivistinnen in Verbindung stand²³. In allen Phasen des Rohstoffabbaus (Lizenzierungs- und Explorationsphase, Errichtung, Betrieb und nach der Stilllegung einer Mine) werden einem Bericht der Max Planck Stiftung für internationalen Frieden und Rechtsstaatlichkeit zufolge immer wieder Menschenrechte verletzt. Solche Menschenrechtsverletzungen stehen in Zusammenhang mit Kinderarbeit, Arbeits- und Gewerkschaftsrechten, Landkonflikten sowie Gewalt gegenüber ArbeiterInnen, der lokalen Bevölkerung und Menschenrechtsaktivistinnen. Die Verschmutzung der Umwelt wiederum gefährdet den Zugang zu Land und Wasser, die Menschen für ihre Ernährung benötigen²⁴.

Abbau, Verwendung und Entsorgung mineralischer Ressourcen haben zumeist schädliche Auswirkungen auf Umwelt und Klima²⁵. Das Umweltprogramm der UN berichtet, dass der Bergbau Treibhausgasemissionen, Umweltverschmutzung und den Verlust von Biodiversität verursache. Er benötige zudem viel Wasser, trotzdem finden rund 70 Prozent der Bergbauoperationen der weltweit sechs größten Unternehmen in Ländern statt, in denen der Bedarf an Wasser die vorhandenen Ressourcen übersteigt. In der Mongolei sind durch den Bergbau über 850 Flüsse und 1000 Seen ausgetrocknet²⁶.

Darüber hinaus ist das Unfallrisiko im Bergbau hoch. So brechen Dämme von Bergwerksgesellschaften deutlich häufiger als Wasserstaudämme²⁷. Bei solchen Unfällen wird Infrastruktur zerstört, Umwelt verschmutzt sowie Menschen und Tiere gefährdet. Die Zerstörung von Lebensgrundlagen kann zur Verarmung der betroffenen Bevölkerung führen.

Ein Beispiel: Die Bergbautragödie in Mariana, Brasilien

Im November 2015 brach der Damm des Rückhaltebeckens einer Eisenerzmine nahe der Kleinstadt Mariana im Südosten Brasiliens. In Folge flossen 50 Millionen Kubikkilometer Bergwerksschlamm über 680 Kilometer hinweg zum Meer. Dadurch wurden 19 Menschen getötet und mehrere Dörfer stark beschädigt. Der Schlamm verseuchte Wasser und Boden. Drei Jahre nach dem Desaster sind die Dörfer noch nicht wieder aufgebaut, viele Menschen haben ihre Lebensgrundlage verloren. Nicht alle Betroffenen wurden entschädigt²⁸.

Frauen sind stärker von solchen sozialen und ökologischen Auswirkungen betroffen. Wenn sie Familien versorgen, trifft sie der Verlust fruchtbarer Böden oder Trinkwasser besonders. Arbeitsplätze, die durch neue Bergbauprojekte entstehen, stehen hingegen eher Männern zur Verfügung²⁹.



Der Salzsee Lago Poopó in den Anden Boliviens ist 2015 für ein Jahr komplett ausgetrocknet, was negative Auswirkungen auf die lokale Flora und Fauna hatte. Die Menschen des indigenen Volks der Uru hängen vom See ab und sind in ihren Lebensgrundlagen massiv bedroht. Ursache ist neben der Klimaerhitzung die Ablagerung von Abraum aus Minen der Region, in denen vor allem Zink, Gold, Silber, Blei und Zinn abgebaut wird. Das Wasser ist stark mit Schwermetallen belastet.

© Dreikönigsaktion der Katholischen Jungschar

Zur Rolle von Staaten und Unternehmen

Private Unternehmen spielen bei Abbau, Verarbeitung und Handel von mineralischen Rohstoffen eine wesentliche Rolle. Großen Einfluss haben insbesondere transnationale Bergbau- und Rohstoffkonzerne, die vielfach in Europa ihren Hauptsitz haben. Gerade transnationale Konzerne werden regelmäßig für Verletzungen von Menschenrechten und Umweltstandards kritisiert³⁰. Regierungen mancher Länder des Globalen Südens erlassen niedrige Umwelt- und Sozialauflagen, um Unternehmen und Investitionen im Rohstoffsektor anzuziehen. Solche schwachen Auflagen haben negative soziale und ökologische Auswirkungen.

Zusätzlich zur gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen sind Staaten verpflichtet, Rahmenbedingungen für Unternehmen zu setzen, damit Unternehmen Menschenrechte und Umwelt schützen. In erster Linie haben jene Staaten Maßnahmen zu setzen, in denen mineralische Rohstoffe abgebaut werden. Unternehmen, die mineralische Rohstoffe im Globalen Süden abbauen oder diese Rohstoffe beziehen, haben ihren Hauptsitz jedoch vielfach in anderen – oft europäischen – Staaten. Daher sollten auch die Regierungen dieser Staaten Verantwortung für die Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards übernehmen³¹.

Komplexe Strukturen von Unternehmen, Lieferketten mit vielen ZwischenhändlerInnen, zahlreiche Verarbeitungsschritte sowie Geheimhaltungsklauseln machen es schwer nachzuvollziehen, woher Unternehmen ihre Rohstoffe beziehen. Transparente Lieferketten sind wichtig, um importierende Unternehmen und Staaten zur Verantwortung ziehen zu können.

Der Rohstoffsektor als Chance für Entwicklung?

Zahlreiche Länder des Globalen Südens verfügen über große Reserven an mineralischen Rohstoffen. Die Einnahmen daraus könnten dazu beitragen, Armut zu reduzieren und Wohlstand zu schaffen. Das zeigen etwa Norwegen, Kanada und Botswana, die ihre Rohstoffe nutzen konnten, um Einnahmen zu steigern und die Wirtschaft nachhaltig zu entwickeln. Folgende Rahmenbedingungen tragen wesentlich dazu bei, nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen: eine ausreichende Besteuerung der Unternehmen, die Rohstoffe abbauen, verarbeiten und handeln, eine gute und transparente Regierungsführung, die die integrale Verwendung der Einnahmen sowie die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards sicherstellt, sowie entsprechende industriepolitische Entwicklungsstrategien. Um eine höhere Wertschöpfung im Land zu erzielen, sollten solche industriepolitischen Strategien lokale Zuliefer- und Dienstleistungsbetriebe stärker einbeziehen und Weiterverarbeitungsmöglichkeiten im Land schaffen. Um lokale Unternehmen gegenüber internationaler Konkurrenz wettbewerbsfähig zu machen, sollten Regierungen betroffene Sektoren vorübergehend etwa durch Export- und Importbeschränkungen schützen. Regierungen können beispielsweise in sogenannten *Local Content*-Bestimmungen festschreiben, dass ausländische InvestorInnen lokale Unternehmen bei der Vergabe von Aufträgen bevorzugen und

vorrangig lokale Arbeitskräfte beschäftigen und ausbilden müssen. Durch Exportsteuern können sie den Export ausgewählter Rohstoffe im unverarbeiteten Zustand besteuern und so den Aufbau einer lokalen Industrie unterstützen und notwendige staatliche Einnahmen lukrieren. Ostasiatische Länder, Norwegen, Brasilien oder Chile haben einige solcher Maßnahmen erfolgreich angewandt³².

Damit solche Maßnahmen greifen und der Handel mit Rohstoffen Armut reduziert sowie nachhaltige Entwicklung fördert, müssen Regierung und Unternehmen im betreffenden Land diese Strategien unterstützen und die nötigen Kapazitäten für ihre Umsetzung haben. Ebenso zentral ist der wirtschaftspolitische Gestaltungsspielraum eines Landes. Wirtschaftspolitische Regeln der internationalen Handels- und Investitionspolitik schränken diesen jedoch oft ein³³.

Dieses Haus wurde vom Schlamm zerstört, der in Folge eines Dammbruchs in Mariana in Brasilien über 680 Kilometer hinweg zum Meer floss.

© Joka Madruga/Lama que Mata



Die Bedeutung der internationalen Handels- und Investitionspolitik für rohstoffreiche Länder

In der Welthandelsorganisation (WTO) ist der Handel mit Rohstoffen durch das *Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (General Agreement on Tariffs and Trade, GATT)* geregelt. Dieses verbietet mengenbezogene Export- und Importbeschränkungen sowie auf Grundlage des Diskriminierungsverbots die Bevorzugung inländischer Produkte. Exportsteuern sind grundsätzlich erlaubt³⁴, die Europäische Kommission strebt jedoch Einschränkungen an³⁵.

Die Handelspolitik der Europäischen Union

Die Versorgung mit Rohstoffen fällt unter die Kompetenz der Mitgliedsstaaten der EU. Die EU hat jedoch die ausschließliche Zuständigkeit für die Handels- und Investitionspolitik – beides ist für die Versorgung mit Rohstoffen von zentraler Bedeutung. Die EU, nicht aber ihre Mitglieder, schließt bilaterale Handelsabkommen mit anderen Staaten ab (Abbildung 6)³⁶. In diesen kann die EU auch Bestimmungen zu Investitionen aufnehmen oder aber sie schließt direkt bilaterale Investitionsabkommen ab. Sofern die EU mit einem Land kein Investitionsabkommen abgeschlossen hat oder verhandelt, dürfen dies auch ihre Mitgliedsstaaten tun*.

Die Europäische Kommission verabschiedete 2008 die sogenannte Rohstoffinitiative. Diese Strategie zielt darauf ab, den Zugang der EU zu Rohstoffen** zu sichern. Dieser Zugang ist für die Wettbewerbsfähigkeit und das Wachstum der europäischen Wirtschaft zentral³⁷. Eine Plattform unterschiedlicher Stakeholder, die *Europäische Innovationspartnerschaft für Rohstoffe*, unterstützt die Umsetzung der Strategie³⁸. Sie dient unter anderem der „mittel- bis langfristige[n] Sicherung einer nachhaltigen Rohstoffversorgung zur Erfüllung der Bedürfnisse der Europäischen Industrie“³⁹.

Die erste und zentrale Säule der Strategie soll einen „diskriminierungsfreien“ Zugang zu Rohstoffen auf dem Weltmarkt sicherstellen. Die zweite und dritte Säule zielen auf die dauerhafte Versorgung mit Rohstoffen aus europäischen Quellen sowie die effizientere Nutzung von Ressourcen und somit auf die Reduktion des Primärrohstoffverbrauchs in der EU ab⁴⁰. Dazu trägt die Umsetzung eines Aktionsplans bei, der die Umstellung der europäischen Wirtschaft auf eine Kreislaufwirtschaft unterstützen soll⁴¹.

Ziel ist laut Europäischer Kommission, bestehende Handelsregeln maximal zu nutzen, um die Versorgung mit Rohstoffen sicherzustellen⁴². Dem Zugang zu Rohstoffen werde bei Verhandlungen von Handelsverträgen mit Nicht-EU-Ländern Priorität eingeräumt⁴³. In der Praxis bedeutet das, dass die EU Verbote von Exportbeschränkungen von Rohstoffen in zahlreichen bilateralen und multilateralen Handelsabkommen festschreibt und vor dem Schiedsgericht der WTO gegen solche Beschränkungen klagt. In bilateralen Abkommen mit Peru und Kolumbien findet sich zum Beispiel ein Verbot von Exportsteuern, das nur in wenigen Ausnahmen vorübergehend ausgesetzt werden kann. Die EU nutzt

Der Stand der EU-Handelsabkommen und -verhandlungen



Abbildung 6: Die EU hat mit zahlreichen Ländern des Globalen Südens Handelsverträge abgeschlossen oder verhandelt solche Verträge.

Quelle: Eurostat: The state of EU trade agreements and trade negotiations, Stand: 11.01.2018

* Der Rat der EU hat im Mai 2018 neue Regeln für Verhandlung und Abschluss von Handelsabkommen beschlossen, wenn diese Bestimmungen zu Investitionen enthalten und auch unter die Kompetenz der Mitgliedsstaaten fallen (Council conclusions on the negotiation and conclusion of EU trade agreements, 22.05.2018).

** Die Strategie bezieht sich auf alle Rohstoffe außer landwirtschaftliche Rohstoffe und jene für die Verwendung von Kraftstoffen.

Beitrittsverhandlungen von Ländern wie beispielsweise Afghanistan mit der WTO, um Verbote von Exportbeschränkungen im Rohstoffsektor zu etablieren, die über die Regeln der WTO hinausgehen. Auch bei Bestimmungen, die Investitionen betreffen, geht die EU über diese Regeln hinaus. Etwa gilt, dass ausländische InvestorInnen gleich behandelt werden müssen wie inländische, wodurch *Local Content*-Bestimmungen und die Bevorzugung lokaler Unternehmen nicht möglich sind. Damit schränken die Handels- und Investitionspolitik der EU den wirtschaftspolitischen Gestaltungsspielraum von Ländern des Globalen Südens, die von Rohstoffexporten abhängig sind, stark ein⁴⁴. Sie verhindern also Maßnahmen, die dazu beitragen könnten, die Wertschöpfung im Land zu erhöhen und nachhaltige Entwicklung zu fördern.

Auch die Entwicklungspolitik der EU spielt eine Rolle bei der Umsetzung der Rohstoffinitiative. Über die Förderung guter Regierungsführung, eines günstigen Investitionsklimas und eines nachhaltigen Bergbaus wird eine „Ausrichtung der Entwicklungspolitik auf [den] dauerhaften Zugang zu Rohstoffquellen“ angestrebt⁴⁵. Die Europäische Investitionsbank vergibt hohe Kredite an die Rohstoffindustrie⁴⁶. Es ist jedoch nicht die Aufgabe der Entwicklungspolitik, den Zugang Europas zu Rohstoffen sicherzustellen. Sie sollte einzig auf entwicklungspolitische Ziele wie die Verringerung von Armut und nachhaltige Entwicklung ausgerichtet sein.

Internationale Investitionspolitik und bilaterale Investitionsabkommen

Viele Länder mit Rohstoffvorkommen haben bilaterale Investitionsabkommen (BITs) mit Mitgliedsstaaten der EU unterzeichnet. Obwohl diese Abkommen völkerrechtliche Verträge zwischen zwei Staaten sind, dienen sie vorrangig dem Schutz privater InvestorInnen. Sie schaffen also rechtliche Verpflichtungen für die involvierten Staaten und weitreichende Rechte für deren Unternehmen⁴⁷. Länder des Globalen Südens erhoffen sich durch den Abschluss von BITs eine Zunahme an Investitionen, allerdings ist dieser Zusammenhang wissenschaftlich umstritten. Auch tragen die Investitionen nicht unbedingt zur Entwicklung der betreffenden Länder bei⁴⁸. Solche Abkommen sind aus folgenden Gründen problematisch.

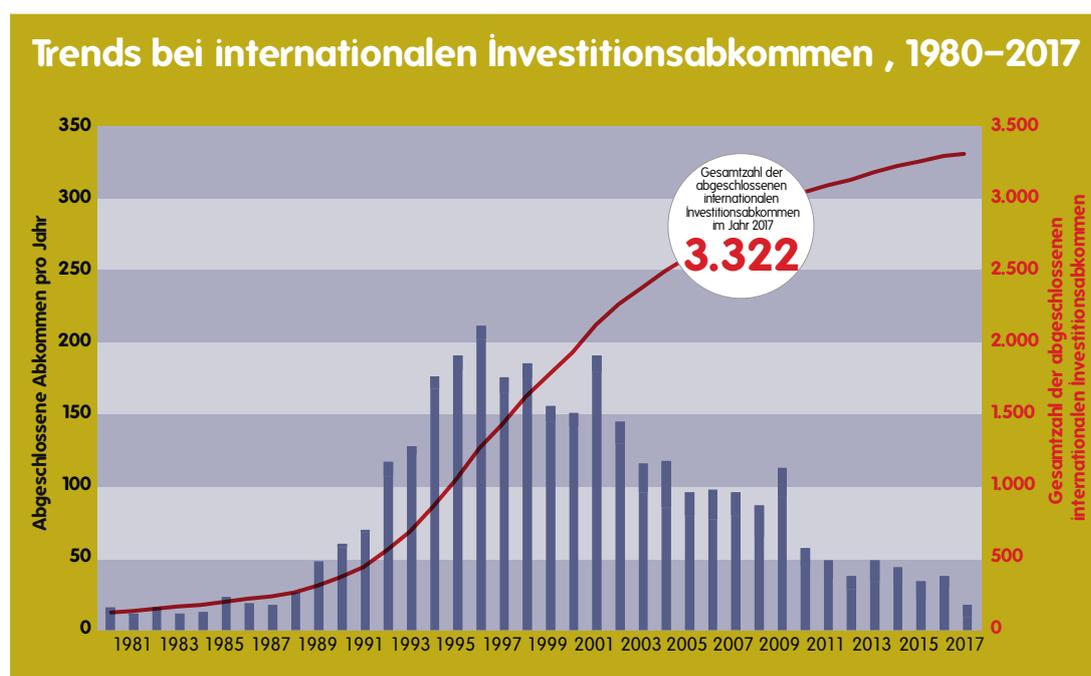


Abbildung 7:
Die Anzahl unterzeichneter Investitionsverträge nimmt stark zu.

Quelle: UNCTAD (2018): World Investment Report 2018, S. 89. Die Abbildung bezieht bilaterale Investitionsabkommen sowie andere Abkommen mit Bestimmungen zu Investitionen ein.

Ausländische InvestorInnen können auf Grundlage von BITs ein System internationaler Schiedsgerichte nutzen, um angesichts oft schwacher Rechtssysteme in Ländern des Globalen Südens Rechtssicherheit zu gewähren. Sie können staatliche Maßnahmen anfechten, sofern diese die ursprünglich erwartete Rendite einer Investition reduzieren. Die Staaten tragen dabei das Risiko hoher Entschädigungszahlungen, können selbst InvestorInnen jedoch nicht auf Basis der Abkommen klagen. Grundsätzlich ist zu hinterfragen, ob staatliche Umwelt-, wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen, die im Interesse des Allgemeinwohls sind, von privaten Schiedsgerichten beurteilt werden sollten. Die Schiedsgerichte tagen meist unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Nationale Rechtsmittel müssen, wie sonst im internationalen Recht üblich, zuvor nicht ausgeschöpft werden. Inländische Unternehmen und die lokale Bevölkerung sind jedoch auf nationale Rechtssysteme angewiesen. Fast alle BITs legen fest, dass gegen Entscheidungen solcher Schiedsgerichte keine weiteren Rechtsmittel möglich sind. Es gibt daher keine Möglichkeit, Urteile zu revidieren und damit eine konsistente Rechtsprechung sicherzustellen⁴⁹.

Die Zahl der Klagen von InvestorInnen gegen Staaten hat deutlich zugenommen (Abbildung 8). In Afrika betrafen 25 Prozent aller bekannten Klagen Investitionen im Bergbau sowie im Öl- und Gassektor. InvestorInnen fochten u. a. steuerliche Maßnahmen oder Maßnahmen zum Umweltschutz an⁵⁰. Neben hohen Kosten für die Schlichtung eines Streitfalls lagen die Kompensationszahlungen, die Staaten zahlen mussten, im Jahr 2017 bei durchschnittlich 504 Millionen US-Dollar⁵¹. In Ländern des Globalen Südens fehlen diese Mittel in Folge beispielsweise für Maßnahmen zur Verbesserung des Gesundheitssystems. Die Sorge vor solch hohen Kosten im Falle einer Klage hat eine abschreckende Wirkung auf Reformen und schränkt den wirtschaftspolitischen Gestaltungsspielraum ein⁵².

Auch sind manche Bestimmungen in BITs an sich problematisch. Sie sind meist vage formuliert und werden von Schiedsgerichten breit interpretiert. Problematisch sind insbesondere der Grundsatz der „gerechten und billigen Behandlung“ von InvestorInnen und das breit gefasste Verständnis von „Enteignung“, wie ein Beispiel eines von Österreich abgeschlossenen BIT zeigt (siehe Seite 18). Gemäß dem Prinzip der Nichtdiskriminierung in BITs, etwa in Form der „Inländerbehandlung“, können lokale Unternehmen zum Beispiel bei öffentlicher Beschaffung nicht bevorzugt werden. Auch verbieten BITs *Local Content*-Vorschriften⁵³.

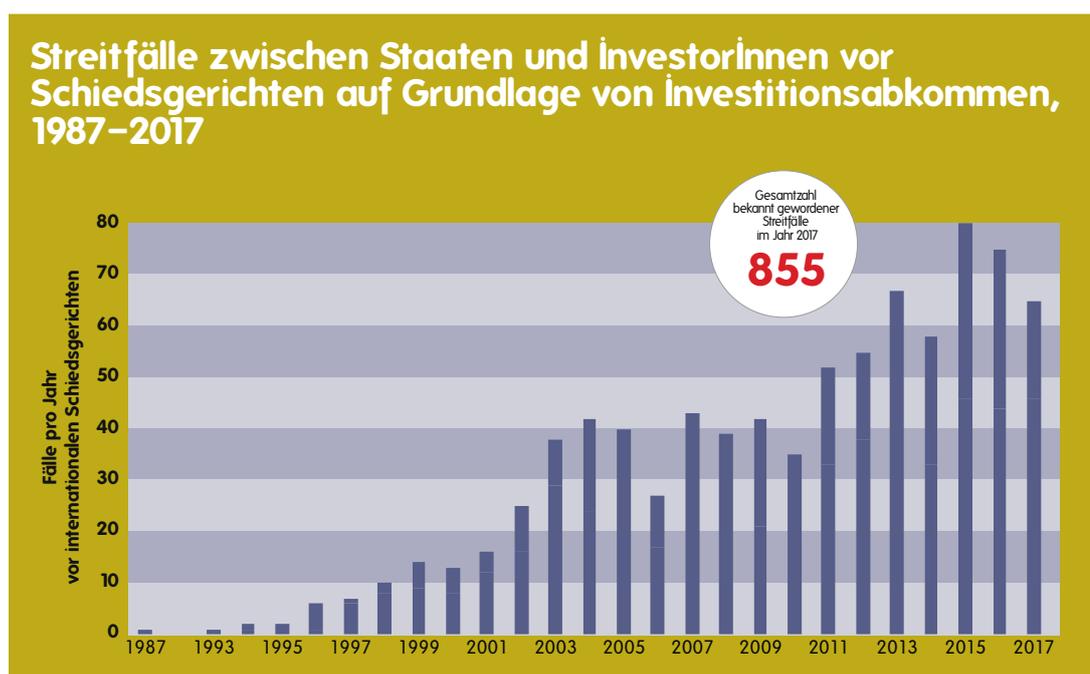


Abbildung 8: InvestorInnen klagen Staaten immer häufiger vor privaten Schiedsgerichten auf Grundlage von Investitionsabkommen.

Quelle: UNCTAD (2018): World Investment Report 2018, S. 92. Die Abbildung bezieht bilaterale Investitionsabkommen sowie andere Abkommen mit Bestimmungen zu Investitionen ein. Inkludiert sind nur öffentlich bekannt gewordene Klagen.

Der Energiekonzern *Vattenfall* klagte in einem Investitionsschiedsverfahren die Stadt Hamburg wegen zusätzlicher Umweltauflagen für den Bau eines Kohlekraftwerks, die in Zusammenhang mit der Wassermenge und Wassertemperatur der Elbe standen und laut Hamburg die Erfüllung einer EU-Richtlinie darstellten. Die Auflagen waren im Vergleich zu einer vorläufigen Genehmigung strenger geworden und hätten laut *Vattenfall* die Investition unrentabel gemacht. Das Unternehmen argumentierte, dass die Auflage dem Grundsatz der gerechten und billigen Behandlung widerspräche und einer indirekten Enteignung gleichkäme. Das Verfahren endete mit einem Vergleich, der die Aufhebung von Auflagen beinhaltete⁵⁴.



Die Regierung in Tansania setzte Maßnahmen, um die Einnahmen aus dem Bergbau vermehrt der tansanischen Bevölkerung zugutekommen zu lassen. Im Jahr 2017 erließ sie drei neue Gesetze, die unter anderem darauf abzielen, die lokale Wirtschaft stärker einzubeziehen und angemessene Anteile der Einnahmen für den Staat sicherzustellen. Diese Gesetze geben vor, dass alle Verträge mit Bergbauunternehmen die Interessen der tansanischen Bevölkerung berücksichtigen müssen und vom Parlament überprüft werden können. Sie verbieten den Export unverarbeiteter Rohstoffe für die Weiterverarbeitung außerhalb Tansanias und verpflichten InvestorInnen zur Errichtung von Anlagen für die Weiterverarbeitung im Land.

Die Regierung warf Bergbauunternehmen außerdem vor, nicht alle für die Besteuerung heranzuziehenden Exporte offenzulegen, und steht beispielsweise mit *Acacia Mining Plc*, einem Bergbauunternehmen mit Sitz in London, im Konflikt über dessen Steuerzahlungen. Das Unternehmen droht, Tansania auf Grundlage eines BIT mit dem Vereinigten Königreich zu klagen⁵⁵.

Die zunehmende Kritik der Zivilgesellschaft oder der *Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (United Nations Conference on Trade and Development, UNCTAD)* an Investitionsabkommen hat dazu geführt, dass einige Länder Investitionsabkommen gekündigt haben (zum Beispiel Ecuador, Südafrika, Indonesien), ihre bestehenden Abkommen prüfen, Musterabkommen überarbeiten und in Verhandlungen neue Strategien wählen⁵⁶. Die UNCTAD berät Länder des Globalen Südens in der Ausgestaltung von Investitionsabkommen, damit diese Abkommen nachhaltige Entwicklung ermöglichen⁵⁷. In der EU laufen seit 2015 Verhandlungen über eine Reform der europäischen Investitionspolitik. Laut Europäischer Kommission soll diese Reform dem Recht von Ländern, im öffentlichen Interesse zu regulieren, mehr Augenmerk geben, sie Ziele auf klarere Regeln in Abkommen ab und sehe die Einrichtung eines multilateralen Investitionsgerichts für die Beilegung von Streitigkeiten zwischen Staaten und InvestorInnen vor⁵⁸. Ein solches Gericht solle unter anderem Berufungen gegen Urteile ermöglichen, RichterInnen beschäftigen, die nicht gleichzeitig als AnwältInnen tätig sein dürfen, und Transparenz gewährleisten⁵⁹. Diese Reformvorschläge sind bedeutende Schritte für eine transparente, konsistente und somit vorhersehbare Rechtsprechung. Diese ist für Länder des Globalen Südens wichtig, um hohe Klagekosten und Entschädigungszahlungen zu vermeiden. Allerdings lösen auch die geplanten Reformen nicht das grundsätzliche Problem: Unternehmen werden einseitige Sonderklagerechte gegenüber Staaten eingeräumt. Es gilt zu beobachten, ob die beschriebenen Entwicklungen Ländern des Globalen Südens tatsächlich ausreichenden politischen Spielraum ermöglichen, um höhere staatliche Einnahmen und höhere Wertschöpfung im Land zu erzielen und somit nachhaltige Entwicklung zu fördern.

Transparenz und die Verantwortung von Unternehmen

Mit Hilfe zivilgesellschaftlicher Kampagnen ist das öffentliche Bewusstsein über Menschenrechtsverletzungen im Rohstoffsektor, die mangelhafte Regulierung von Unternehmen und deren Verantwortung für ihre Lieferketten gestiegen. So wurde Anfang der 2000er Jahre bekannt, dass der Erlös aus dem Abbau von mineralischen Rohstoffen wie Tantal, die in Elektronikprodukten wie Handys verarbeitet werden, kriegsführende Parteien in der Demokratischen Republik Kongo finanzierte (Abbildung 10)⁶⁰. Zahlreiche öffentliche und private Initiativen auf internationaler Ebene zielen daher darauf ab, die Transparenz im Rohstoffsektor zu erhöhen und Unternehmen stärker für die Auswahl ihrer Zulieferer zur Verantwortung zu ziehen. Im Folgenden werden ausgewählte Initiativen vorgestellt.



In der Demokratischen Republik Kongo werden große Mengen des mineralischen Rohstoffs Tantal abgebaut.

© Wikimedia Commons/Jurii

Staaten sind dazu verpflichtet, Unternehmen zu regulieren, um Menschenrechte und die Umwelt zu schützen. Im Falle transnational agierender Konzerne konnte sich die Staatengemeinschaft jedoch bisher nur auf freiwillige Standards zur Vermeidung und Wiedergutmachung von Menschenrechtsverletzungen einigen, die **UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte**⁶¹. Österreich hat diese – wie viele andere Staaten – nicht in nationales Recht umgesetzt⁶². Ein verbindliches Abkommen über Wirtschaft und Menschenrechte wird derzeit in der UN verhandelt⁶³.

Die wichtigste Initiative für transparente Zahlungsflüsse im Rohstoffsektor ist die **Extractive Industries Transparency Initiative (EITI)**⁶⁴, eine freiwillige Multistakeholder-Initiative. Beteiligte Staaten – in Summe 52, vor allem Länder des Globalen Südens – legen ihre Einnahmen aus dem extraktiven Sektor* offen. Die in diesen Ländern aktiven Unternehmen veröffentlichen ihre Zahlungen an Staaten. Diese Zahlungsflüsse werden abgeglichen. Österreich ist nicht Mitglied. Wie sehr EITI Transparenz stärken kann, hängt in jedem Land vom Willen der beteiligten Regierungen und Unternehmen ab, über Zahlungsflüsse hinausgehende weitere relevante Themen – etwa die Ausgestaltung von Verträgen oder ökologische Fragen – zu behandeln⁶⁵.

Abbildung 9: Initiativen legen einen Schwerpunkt auf Transparenz und Verantwortung von Unternehmen entlang der gesamten Wertschöpfungskette.

© OECD Quelle: OECD Due Diligence Guidance for Minerals – 5-Step Framework for Upstream and Downstream Supply Chains

Im Jahr 2013 verabschiedete die EU die **Bilanz- und Transparenzrichtlinien**⁶⁶, die unter anderem große Bergbauunternehmen in der EU dazu verpflichten, ihre Zahlungen an Regierungen weltweit länder- und projektweise offenzulegen. Inzwischen setzen alle Mitgliedsstaaten diese Richtlinien um und tragen damit bereits zu mehr Transparenz bei. Wie wirksam die Richtlinien sind, ist erst einzuschätzen, wenn mehr Unternehmensberichte vorliegen.



* Bei EITI beinhaltet der extraktive Sektor mineralische Rohstoffe sowie Öl und Gas.

Gemäß den nicht verbindlichen „**Leitsätzen für Sorgfaltspflichten für Lieferketten von mineralischen Rohstoffen aus konfliktbetroffenen und stark gefährdeten Gebieten**“ der *Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)*⁶⁷ sollen Unternehmen Risiken entlang ihrer Wertschöpfungskette identifizieren und auf diese reagieren (Abbildung 9). Die Leitsätze beziehen sich auf alle Konflikt- und Hochrisikogebiete und auf alle Mineralien, die einen Beitrag zur Finanzierung von Konflikten leisten und sind somit sehr umfassend. Sie sind jedoch, da sie nicht verbindlich sind, begrenzt wirksam, stellen aber ein wichtiges Referenzdokument für weitere Initiativen dar.

2021 tritt in der EU eine **Verordnung über Konfliktmineralien**⁶⁸ in Kraft. Sie soll verhindern, dass Unternehmen durch den Einkauf von Rohstoffen bewaffnete Konflikte oder Menschenrechtsverletzungen verursachen oder fördern. Die Verordnung ist zu begrüßen, hat jedoch begrenzte Reichweite, da sie nur für Importeurinnen von ausgewählten, unverarbeiteten Rohstoffen gilt und sich ausschließlich auf bewaffnete Konflikte bezieht, also nur einen Bereich typischer Menschenrechtsverletzungen abdeckt. Wie wirksam die Verordnung sein wird, hängt davon ab, wie die Mitgliedsstaaten sie konkret umsetzen⁶⁹.

Diese Initiativen sind wichtige Fortschritte, um Transparenz zu verbessern und negative soziale und ökologische Auswirkungen zu reduzieren.



Abbildung 10:
In Mobiltelefonen
kommen Mineralien
zum Einsatz, deren
Handel Gewalt und
bewaffnete Konflikte
finanzieren können.

© Global Witness

Die Rohstoffpolitik Österreichs

Österreichische PolitikerInnen und UnternehmerInnen können die europäische Rohstoffpolitik und den Handel mit mineralischen Rohstoffen aktiv mitgestalten. So gehören österreichische Unternehmen zu führenden HerstellerInnen von Elektronik- und Medizinprodukten, in denen das Metall Tantal verarbeitet wird⁷⁰. Auch heimische WissenschaftlerInnen sind im Bereich der mineralischen Rohstoffe international anerkannt. Die Montanuniversität Leoben erzielt Spitzenplätze bei internationalen Rankings von Lehrgängen⁷¹. Ihr Vize-Rektor ist als einer von sechs VertreterInnen von wissenschaftlichen Institutionen und Think-Tanks in der Lenkungsgruppe der *Europäischen Innovationspartnerschaft für Rohstoffe* vertreten⁷². Die europäische Mineral-Rohstoffinitiative EUMICON (*European Mineral Resources Confederation*), eine Multistakeholder-Plattform, ist in Wien angesiedelt⁷³.

In Österreichs Geschichte spielte der Abbau mineralischer Rohstoffe eine bedeutende Rolle. Auch heute kann Österreich trotz vergleichsweise kleinem Bergbausektor auf beachtliche Produktionsmengen bei einzelnen Rohstoffen verweisen. So belegt Österreich im weltweiten Vergleich bei der Produktion von Magnesit Platz fünf und bei Wolframerz Platz sieben⁷⁴. Im Falle vieler anderer mineralischer Rohstoffe ist Österreich jedoch in hohem Maße importabhängig. 2008 fiel knapp ein Viertel der europäischen Importe von seltenen Erden auf Österreich⁷⁵. „Eine ausreichende Versorgung der heimischen Unternehmen mit mineralischen Roh- und Grundstoffen [ist] eine unverzichtbare Grundlage für eine prosperierende Wirtschaft“, stellt das BMNT fest. Es sieht den Zugang zu Rohstoffen zunehmend als Standort- und Wettbewerbsfaktor für Österreich⁷⁶.

Österreich definiert – wie auch die EU⁷⁷ – in regelmäßigen Abständen eine Liste „kritischer Rohstoffe“. Als solche werden Rohstoffe verstanden, bei denen die österreichische Wirtschaft abhängig von Importen ist, jedoch die Versorgung über den Weltmarkt gefährdet ist⁷⁸. Diese Listen beeinflussen die Rohstoffpolitik, die den Zugang zu diesen Rohstoffen vorrangig sicherstellen soll. Soziale und ökologische Auswirkungen der Gewinnung von Rohstoffen in den Abbauländern werden bei der Erstellung dieser Liste und daher auch in der Rohstoffpolitik nicht ausreichend berücksichtigt.

Wie die EU formulierte auch Österreich eine österreichische Rohstoffstrategie*. Analog zur Strategie der EU beinhaltet sie drei Säulen, von denen eine die „Sicherung eines fairen und diskriminierungsfreien Zugangs zu mineralischen Rohstoffen auf den Weltmärkten“ vorsieht. „Markteingriffe wie z.B. Exportrestriktionen und rohstoffpolitische Fehlentwicklungen wie der zunehmende Ressourcenprotektionismus“ können aus Sicht des BMNT die Versorgungssicherheit beeinträchtigen. Die erste und dritte Säule zielen auf die Sicherung der Rohstoffversorgung aus heimischen Lagerstätten sowie den effizienten Umgang mit Rohstoffen durch Steigerung der Ressourceneffizienz und Verbesserung des Recyclings ab⁷⁹. Mit der Ressourceneffizienz-Initiative RESET2020 unterstützt das BMNT die Steigerung der Ressourceneffizienz und die Verbesserung der Kreislaufwirtschaft in Österreich⁸⁰.

Österreich hat bilaterale Investitionsabkommen (BITs) mit 60 Staaten abgeschlossen, von denen 40 sogenannte



* Ministerin Elisabeth Köstinger kündigte die Überarbeitung der Strategie für 2019 an, sie soll um den Aspekt der Nachhaltigkeit erweitert werden. Weiters sei die Einführung einer eigenen Behörde zur Überwachung von Konfliktrohstoffen geplant (Website APA/OTS: OTS des BMNT: Köstinger/Friesenbichler: „Made in Europe“ als Garant für eine nachhaltige Zukunft, 26.09.2018).



Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit unterstützt in Armenien die Modernisierung des landwirtschaftlichen Sektors.

© ADA

Entwicklungsländer* sind⁸¹. Seit 2008 werden Abkommen auf der Grundlage eines Mustertextes verhandelt⁸².

Im Jahr 2001 hat Österreich ein BIT mit Armenien abgeschlossen⁸³. Armenien ist ein Schwerpunktland der *Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit*. Die *Österreichische Entwicklungsagentur (Austrian Development Agency, ADA)* gab im Jahr 2017 für Projekte und Programme in Armenien rund 2,04 Mio. Euro aus und unterstützt vor allem die Modernisierung des landwirtschaftlichen Sektors sowie eine verantwortungsvolle Regierungsführung⁸⁴. Auch österreichische Unternehmen sind in Armenien aktiv. Im Jahr 2017 flossen Direktinvestitionen von 214,8 Mio. Euro ins Land⁸⁵.

Der Abbau von Rohstoffen hat für die Wirtschaft Armeniens große Bedeutung. Bergbauprodukte** – vor allem Kupfererz und Erzkonzentrate – machten 2017 47 Prozent aller Exporte aus. Die größten Abnehmer sind die EU und Russland. Aufgrund dieser Konzentration auf wenige Exportprodukte sowie eine begrenzte Anzahl von Exportzielen haben externe Faktoren wie schwankende Rohstoffpreise großen Einfluss auf die wirtschaftliche Lage des Landes⁸⁶. Gleichzeitig leidet das Land beispielsweise unter der Verschmutzung von Wasser und Luft, die die Gesundheit der Bevölkerung gefährdet⁸⁷.

Im bilateralen Investitionsabkommen zwischen Österreich und Armenien wird – wie in BITs üblich – vereinbart, dass beide Staaten Investitionen von InvestorInnen des anderen Staates eine „gerechte und billige Behandlung“ (Artikel 3:1) gewähren. Diese allgemein gehaltene Formulierung könnte so interpretiert werden, dass InvestorInnen ein Anrecht auf stabile und vorhersehbare staatliche Regelungen haben. Veränderte Regelungen etwa in der Umwelt- oder Steuergesetzgebung können jedoch im Sinne des Allgemeinwohls sowie auf Grundlage internationaler Verpflichtungen nötig und sinnvoll sein. Schiedsgerichte nehmen in ihren Interpretationen dieser Formulierung darauf nicht ausreichend Rücksicht⁸⁸. Daher konnten InvestorInnen auf Grundlage von BITs beispielsweise steuerliche Vorschriften erfolgreich anfechten⁸⁹. Die dadurch entfallenen Steuereinnahmen hätten jedoch beispielsweise für den Ausbau des Bildungswesens eingesetzt werden können.

Wie ebenfalls in vielen BITs üblich, ist nach Artikel 5 des österreichischen BIT mit Armenien vereinbart, dass die Enteignung einer Investition nur unter bestimmten Umständen und gegen Zahlung einer Entschädigung möglich ist. Ein solcher Schutz vor Enteignung ist legitim, problematisch ist hingegen, dass der Begriff sehr breit gefasst wird und auch „sonstige Maßnahmen mit gleicher Wirkung“, also die indirekte Enteignung, miteinbezieht. Eine so breite Formulierung kann – wie bereits in der Vergangenheit geschehen – dazu führen, dass InvestorInnen auf Grundlage von BITs beispielsweise Steuerregeln oder Umweltvorschriften vor Schiedsgerichten mit dem Argument anfechten, es handle sich um indirekte Enteignung. Schiedsgerichte haben in diesen Fällen sehr unterschiedlich entschieden. Die daraus folgende Rechtsunsicherheit und somit die Sorge vor Kompensationszahlungen kann letztlich Staaten zurückhalten, rechtliche Vorschriften und Regelungen etwa im Umwelt- und Sozialbereich zu verordnen⁹⁰.

Im österreichischen Mustertext für BITs wie auch im beispielhaft vorgestellten BIT mit Armenien finden sich weder eine Berufungsinstanz bei Schiedsgerichten oder ethische Anforderungen an die SchiedsrichterInnen, wie es die Reform der europäischen Investitionspolitik vorsieht noch Empfehlungen der UNCTAD wieder. Die österreichischen BITs könnten daher den politischen Spielraum von Ländern des Globalen Südens einschränken, den sie benötigen, um durch höhere Wertschöpfung im Land den Rohstoffsektor für ihre wirtschaftlich, sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung nutzen zu können. Gleichzeitig unterstützt die *Österreichische Entwicklungszusammenarbeit* eine nachhaltige Entwicklung in Ländern des Globalen Südens: Sie fördert zum Beispiel die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit lokaler Unternehmen, deren Einbindung in den internationalen Handel sowie die Einhaltung von Menschenrechts-, Sozial- und Umweltstandards⁹¹.

* Als Entwicklungsländer ziehen wir hier jene Länder heran, die Mittel für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit von Mitgliedsstaaten des Entwicklungshilfesausschusses der OECD erhalten.

** Inklusive Gold zu nicht-monetären Zwecken.

So kehren wir zur eingangs gestellten Frage zurück: Trägt die Rohstoffpolitik Österreichs im Bereich mineralischer Rohstoffe zur Erreichung der Agenda 2030 und ihrer SDGs bei oder behindert sie diese? Kann man angesichts der Auswirkungen auf Länder des Globalen Südens von einem Widerspruch zwischen Österreichs Rohstoff- und Entwicklungspolitik sprechen?

Die EU wie auch Österreich verfolgen mit ihren Rohstoffstrategien das vorrangige Ziel, den Zugang zu Rohstoffen am globalen Markt zu sichern, um ihre Industrien mit mineralischen Rohstoffen zu versorgen. Dabei nehmen sie soziale und ökologische Auswirkungen des Abbaus und der Verarbeitung von Rohstoffen in Ländern des Globalen Südens zu wenig in den Blick.

Die Versorgung mit mineralischen Rohstoffen wird maßgeblich durch die Handels- und Investitionspolitik geregelt. Österreichische PolitikerInnen und UnternehmerInnen gestalten einerseits die europäische Rohstoffpolitik aktiv mit und setzen andererseits eigene Maßnahmen. Durch die Handels- und Investitionspolitik der EU und Österreichs wird der wirtschaftspolitische Gestaltungsspielraum der Länder des Globalen Südens eingeschränkt – wie das BIT zwischen Österreich und Armenien zeigt. Die Regierungen der Länder des Globalen Südens benötigen politischen Gestaltungsspielraum jedoch, um höhere Wertschöpfung vor Ort sowie höhere Staatseinnahmen zu lukrieren und Umwelt- und Sozialstandards umzusetzen. Nur so können sie den Rohstoffsektor für ihre nachhaltige wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung nutzen.

Abbau und Verarbeitung mineralischer Rohstoffe haben massive soziale und ökologische Auswirkungen in Ländern des Globalen Südens, in die in vielen Fällen private Unternehmen involviert sind. Um solche negativen Auswirkungen zu verhindern, ist eine verbesserte Regulierung von Unternehmen – insbesondere transnationaler Konzerne – dringend nötig. Österreich hat die *UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte* jedoch bisher nicht in nationales Recht umgesetzt und unterstützt – wie auch die EU – die UN-Verhandlungen über ein verbindliches Abkommen über Wirtschaft und Menschenrechte nicht aktiv.

Eine weitere Herausforderung ist die Intransparenz im globalen Handel mit mineralischen Rohstoffen. Sie macht es schwierig nachzuvollziehen, woher Unternehmen und Staaten Rohstoffe beziehen, um sie für negative Auswirkungen wie die Verletzung von Arbeitsrechten oder die Verschmutzung von Wasser beim Abbau von Rohstoffen zur Verantwortung zu ziehen. Österreich könnte Initiativen für mehr Transparenz stärker unterstützen. Beispielsweise ist Österreich bisher kein Mitglied der *Extractive Industries Transparency Initiative* (EITI).

Angesichts der negativen Auswirkungen auf Umwelt und Klima stellt sich letztlich die Frage, ob der Abbau endlicher Ressourcen zu nachhaltiger Entwicklung beitragen kann. Denn um die Agenda 2030 umzusetzen und ihre SDGs zu erreichen und ein gutes Leben für alle zu ermöglichen, muss im Sinne des Weltklimavertrags von Paris die Erderhitzung begrenzt werden. Daher müssen Verbrauch von und somit Nachfrage nach mineralischen Rohstoffen rasch und drastisch reduziert werden. Dafür müssen Ressourcen effizienter eingesetzt werden, Produkte länger haltbar und reparierbar produziert und somit länger verwendet werden. Ihre recycelten Bestandteile müssen für neue Produkte wiederverwendet (Kreislaufwirtschaft, Abbildung 11) und so Abfälle vermieden werden. Österreich ist dafür verantwortlich, staatliche Vorgaben und Anreize – etwa durch Steuern – zu setzen, um den Rohstoffverbrauch zu senken⁹².

Länder des Globalen Südens, die heute vom Handel mit mineralischen Rohstoffen abhängig sind, sollten in der Entwicklung alternativer Einnahmequellen unterstützt werden.

Abbildung 11:
In der Kreislaufwirtschaft sind Rohstoffe länger im Einsatz und werden wiederverwendet. So wird der Verbrauch reduziert.

Quelle: Website Europäisches Parlament: Kreislaufwirtschaft: Definition und Vorteile



Um sicherzustellen, dass die österreichische Rohstoffpolitik im Bereich mineralischer Rohstoffe globale entwicklungspolitische Zielsetzungen nicht behindert, sondern unterstützt, lassen sich folgende Empfehlungen ableiten.

Rohstoffpolitische Empfehlungen:

- Die österreichische Bundesregierung, insbesondere das Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus (BMNT), sollte die **österreichische Rohstoffstrategie** so überarbeiten, dass diese die sozialen und ökologischen Auswirkungen bei Abbau und Verarbeitung von Rohstoffen in den Ländern des Globalen Südens prioritär berücksichtigt und nicht ausschließlich auf die Versorgung der österreichischen Industrien ausgerichtet ist. Dies sollte auch konkrete Maßnahmen für die rasche **Reduktion des Verbrauchs mineralischer Rohstoffe** auf ein nachhaltiges und damit auch global gerechtes Niveau beinhalten*. Um die Kreislaufwirtschaft zu unterstützen, sollten etwa Anreize für die längere Nutzung, Reparatur und Wiederverwendung von Produkten geschaffen sowie besonders ressourcenintensive Produktions- und Konsummuster eingedämmt werden.
- Die österreichische Bundesregierung, insbesondere das Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort (BMDW), sollte sich auf EU-Ebene dafür einsetzen, dass **Handelsabkommen der EU** die politischen Spielräume von Staaten nicht einschränken. Diese Spielräume sind nötig, damit Staaten höhere Wertschöpfung im Land erreichen und so den Rohstoffsektor für ihre wirtschaftlich, sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung nutzen können. Vor Verhandlungsbeginn sollte die EU Abkommen durch ökonomische, ökologische und menschenrechtliche Folgenabschätzungen auf ihre potenziellen Auswirkungen prüfen.
- Die österreichische Bundesregierung, insbesondere das Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA), sollte bestehende **bilaterale Investitionsabkommen** und den Mustertext für diese Abkommen so **überarbeiten**, dass diese die politischen Spielräume von Staaten nicht einschränken. Diese Spielräume sind nötig, damit Staaten höhere Wertschöpfung im Land erreichen und so den Rohstoffsektor für ihre wirtschaftlich, sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung nutzen können. Entsprechende Änderungen sollten auch in zukünftige Abkommen aufgenommen werden**.
- Die österreichische Bundesregierung sollte sich für **mehr Transparenz im Rohstoffsektor** einsetzen. Insbesondere das Bundesministerium für Finanzen (BMF) und das Bundesministerium für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz (BMVRDJ) sollten die Umsetzung der Bilanz- und Transparenzrichtlinien der EU in Österreich verbessern und eine Überarbeitung dieser Richtlinien unterstützen. Ziel sollte sein, dass die Berichte von Rohstoffunternehmen öffentlich einfach zugänglich sind, deren Qualität verbessert wird und detailliertere Informationen zur Verfügung stehen.***
- Die österreichische Bundesregierung sollte sich auf internationaler Ebene für eine verbesserte Regulierung von Unternehmen einsetzen, um die **unternehmerische Verantwortung für die Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards zu stärken**. In diesem Zusammenhang sollte sie die EU-Konfliktmineralienverordnung bis 2021 ambitioniert umsetzen**** sowie durch Reformen im österreichischen Recht sicherstellen, dass österreichische Unternehmen bei ihren Auslandsaktivitäten sowohl direkt als auch in ihrer Lieferkette Sozial- und Umweltstandards einhalten*****. Schließlich sollte die österreichische Regierung die Verhandlungen über ein verbindliches UN-Abkommen über Wirtschaft und Menschenrechte konstruktiv unterstützen.

* Österreichische Nichtregierungsorganisationen haben im Rahmen der *Arbeitsgemeinschaft Rohstoffe* Prinzipien für eine moderne Rohstoffpolitik formuliert (Dreikönigsaktion et al. (2017): *Rohstoffe der Digitalen Zukunft: Zeit für ein sozial-ökologisches Upgrade*, S. 4–5).

** Dabei sollten die Empfehlungen der UNCTAD für die Gestaltung von Investitionsabkommen (UNCTAD (2015): *Investment Policy Framework for Sustainable Development*, S. 76–78) umgesetzt werden und die Reform der europäischen Investitionspolitik berücksichtigt werden.

*** Die Bilanzrichtlinie wird derzeit überprüft. Das zivilgesellschaftliche Bündnis *Publish What You Pay* schlägt Verbesserungen der Richtlinie vor: *Improving transparency in the European Union's oil, gas and mining sectors*, 18.12.2017. In einem wissenschaftlichen Bericht werden Verbesserungsmöglichkeiten für die Umsetzung der Bilanz- und Transparenzrichtlinien in Österreich aufgezeigt. Dazu zählt eine Website, auf der die betroffenen Unternehmen gelistet und die Unternehmensberichte gesammelt zugänglich sind (The STAR Collective (2018): *Exploring the efficacy of the EU Law concerning Reports on Payments to Governments: Reflections for the EU*).

**** Dabei sind Auswahl der „Konflikt- und Hochrisikogebiete“, die Festlegung der Schwellenwerte für die Importmengen sowie Fragen nach der Anerkennung von Zertifizierungsinitiativen sowie begleitenden Maßnahmen wichtig.

***** Zu beachten sind die Empfehlung 12 der Abschließenden Empfehlungen des UN-Ausschusses über Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte an Österreich (E/C.12/AUT/CO/4) sowie die Bestimmungen der OECD-Leitsätze für Sorgfaltspflichten für Lieferketten von mineralischen Rohstoffen aus konfliktbetroffenen und stark gefährdeten Gebieten.

Damit **Politikkohärenz im Interesse Nachhaltiger Entwicklung (PCSD)** gemäß österreichischem und EU-Gesetz und SDG 17.14 umgesetzt wird und so auch andere Politikbereiche Österreichs entwicklungspolitische Zielsetzungen nicht behindern, sondern unterstützen, lassen sich zusätzlich folgende Empfehlungen ableiten.

Empfehlungen für Politikkohärenz im Interesse Nachhaltiger Entwicklung:

- Die österreichische Bundesregierung **sollte unterschiedliche Politikbereiche (z. B. Agrar-, Handels- und Steuerpolitik) aufeinander so abstimmen und gestalten, dass sie entwicklungspolitische Ziele und Maßnahmen – wie sie in der Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung formuliert sind – unterstützen.** Nur mit einer kohärenten Politik im Interesse einer nachhaltigen Entwicklung können die SDGs erreicht werden. Die österreichische Bundesregierung sollte sich verstärkt auch auf europäischer Ebene für eine bessere Abstimmung unterschiedlicher Politikbereiche im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung einsetzen.
- Die österreichische Bundesregierung sollte eine **zentrale Instanz für die Umsetzung von PCSD auf höchster politischer Ebene einrichten**, die im Falle von politischen Inkohärenzen oder gegensätzlichen Interessen nach klaren Kriterien Entscheidungen treffen kann.
- Die österreichische Bundesregierung **sollte festlegen, wer welche Verantwortlichkeit und Kompetenz in Bezug auf PCSD in der Verwaltung innehat.**
- Die österreichische Bundesregierung sollte zur Erreichung der übergeordneten Entwicklungsziele im Sinne eines ganzheitlichen Politikverständnisses und von PCSD **die barrierefreie Partizipation der relevanten Stakeholder, insbesondere des Parlaments, der Zivilgesellschaft und wissenschaftlicher Institutionen gewährleisten.**
- Bei Gesetzesentwürfen sollte die Bundesregierung bereits im Vorfeld sicherstellen, dass **entsprechende Analysen verbindlich durchgeführt und die Auswirkungen von Gesetzen auf entwicklungspolitische Ziele überprüft werden.**

- 1 UN (2015): Resolution der Generalversammlung, 25. 9.2015 (A/RES/70/1), S. 13
- 2 Entwicklungszusammenarbeitsgesetz inklusive EZA-Gesetz-Novelle 2003, §1(5)
- 3 Schuster, Nadja (2011): Policy Coherence for Development (PCD) in VIDC (Hg.): Österreich. Bestandsaufnahme der mangelnden Umsetzung und Präsentation eines einfach anzuwendenden Policy-advocacy Evaluation Tools, S. 7
- 4 UNDP et al. (2016): Mapping Mining to the Sustainable Development Goals: An Atlas
- 5 Website BMNT: Die Klimakonferenz COP 21 und das Pariser Abkommen, Zugriff: 15. 11.2018
- 6 UNEP (2016): Global Material Flows and Resource Productivity – Assessment Report for the UNEP International Resource Panel, S. 5 und 17
- 7 Hilpert, Hanns Günther: China in: SWP, BGR (Hg.): Analyse und Vergleich der Rohstoffstrategien der G20 Staaten, SWP-Studien 2013/01, S. 50–58
- 8 Tröster, Bernhard; Küblböck, Karin; Grumiller, Jan: EU's and Chinese raw materials policies in Africa: converging trends? in Beigewum (Hg.): Kurswechsel 3/2017 „Neue Weichen für die Weltwirtschaft“
- 9 Website BMNT: Rohstoffstrategie; DERA Pressemitteilung, 2.7.2018: Experten diskutieren beim DERA-Industrieworkshop, Zugriff: 12.2.2019.
- 10 DERA: Rohstoffe für Zukunftstechnologien 2016, S. 13–14
- 11 DERA: Rohstoffe für Zukunftstechnologien 2016, S. 258, 263–264
- 12 Website BMNT: Rohstoffstrategie, Zugriff: 05. 11.2018
- 13 Küblböck, Karin (2017): Handlungsfähig? Zur Rolle von Handelspolitik für rohstoffbasierte Entwicklung, Briefing Paper der ÖFSE und der Dreikönigsaktion der Katholischen Jungschar, S. 4
- 14 Website BMNT: Rohstoffstrategie; Website European Commission: Policy and strategy for raw materials, Zugriff: 05. 11.2018
- 15 UNCTAD (2017): State of Commodity Dependence 2016, S. 19
- 16 Website World Bank: Extractive Industries – Overview, Zugriff: 05. 11.2018; Website UN Environment: Why does extractives matter?
- 17 Küblböck, Karin (2017): Handlungsfähig? Zur Rolle von Handelspolitik für rohstoffbasierte Entwicklung, Briefing Paper der ÖFSE und der Dreikönigsaktion der Katholischen Jungschar, S. 5
- 18 Küblböck, Karin (2017): Internationale Rohstoffpolitik im Spiegel sich wandelnder Kräfteverhältnisse in: Bayer/Giner-Reichl (Hg.): Entwicklungspolitik 2030 – Auf dem Weg zur Nachhaltigkeit, S. 139
- 19 UNCTAD: Trade and Development Report 2010, S. 157; African Development Bank Group et al.: African Economic Outlook 2013, S. 157
- 20 Neuwirth, Martina (2016): „Tax matters“: Über Steuervermeidung und Gegenstrategien im Rohstoffsektor in Fischer, Karin; Jäger, Johannes; Schmidt, Lukas (Hg.): Rohstoffe und Entwicklung. Aktuelle Auseinandersetzungen im historischen Kontext, S. 153–168
- 21 Commission on Human Rights (2006): Interim report of the Special Representative of the Secretary-General on the issue of human rights and transnational corporations and other business enterprises (E/CN.4/2006/97), para 29
- 22 Germanwatch, Misereor (2017): Globale Energiewirtschaft und Menschenrechte – Deutsche Unternehmen und Politik auf dem Prüfstand, S. 8
- 23 Website The Guardian: 2017 on course to be deadliest on record for land defenders, 11. 10.2017, Zugriff: 12.02.2019
- 24 Max Planck Foundation, Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (2016): Human Rights Risks in Mining – A Baseline Study; Website Deutsches Institut für Menschenrechte: Rohstoffe und Menschenrechte, Zugriff: 06. 11.2018
- 25 OECD (2018): Global Material Resources Outlook to 2060 – Economic drivers and environmental consequences, S. 16 und 18
- 26 Website UN Environment: Why does extractives matter?, Zugriff: 06. 11.2018
- 27 Website The Wall Street Journal: Mining Dams Grow to Colossal Heights, and So Do the Risks, Zugriff: 05.04.2016
- 28 Website Dreikönigsaktion: Das Desaster von Mariana, Zugriff: 08.01.2019
- 29 Website World Bank: Gender in Extractive Industries, 21. 11.2013, Zugriff: 12.02.2019
- 30 Facing Finance (2018): Dirty Profits 6 – Mining and extractive companies – Promises and progress
- 31 Max Planck Foundation, Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (2016): Human Rights Risks in Mining – A Baseline Study
- 32 Küblböck, Karin (2017): Handlungsfähig? Zur Rolle von Handelspolitik für rohstoffbasierte Entwicklung, Briefing Paper der ÖFSE und der Dreikönigsaktion der Katholischen Jungschar, S. 5–6
- 33 Küblböck, Karin (2017): Internationale Rohstoffpolitik im Spiegel sich wandelnder Kräfteverhältnisse in: Bayer/Giner-Reichl (Hg.): Entwicklungspolitik 2030 – Auf dem Weg zur Nachhaltigkeit, S. 148–149
- 34 Website WTO: Market access: Quantitative restrictions und Principles of the trading system, Zugriff: 12.02.2019
- 35 Mendez Parra, Maximiliano; Schubert, Samuel R.; Brutschin, Elina (2016): Export taxes and other restrictions on raw material and their limitation through free trade agreements: Impact on developing countries (EP/EXPO/B/DEVE/FWC/2013-08/LOT7/15), Studie im Auftrag des Europäischen Parlaments
- 36 Website European Commission: Sustainable supply of raw materials from EU sources, Zugriff: 16. 11.2018; Treaty on the Functioning of the EU, Articles 3(1), 206, 207
- 37 Website European Commission: Policy and strategy for raw materials, Zugriff: 08. 11.2018
- 38 Website European Commission: The European Innovation Partnership (EIP) on Raw Materials, Zugriff: 15. 11.2018
- 39 BMWFW (2017): Österreichisches Montan-Handbuch Bergbau Rohstoffe Grundstoffe Energie, S. 1
- 40 Mitteilung der Europäischen Kommission: Die Rohstoffinitiative, 04. 11.2008 (KOM(2008) 699 endgültig)
- 41 Website European Commission: Circular Economy, Zugriff: 07.02.2019
- 42 European Commission (2010): Trade, Growth and World Affairs – Trade Policy as a core component of the EU's 2020 Strategy (COM(2010)612), S. 8
- 43 European Commission (2014): On the implementation of the Raw Materials Initiative. Commission Staff Working Document (SWD(2014)171 final), S. 3
- 44 Küblböck, Karin (2017): Handlungsfähig? Zur Rolle von Handelspolitik für rohstoffbasierte Entwicklung, Briefing Paper der Österreichischen Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung (ÖFSE) und der Dreikönigsaktion der Katholischen Jungschar, S. 7
- 45 Europäische Kommission (2008): Die Rohstoffinitiative – Sicherung der Versorgung Europas mit den für Wachstum und Beschäftigung notwendigen Gütern, KOM(2008) 699, S. 14
- 46 Mitteilung der Europäischen Kommission: Die Rohstoffinitiative, 04. 11.2008 (KOM(2008) 699 endgültig), S. 8
- 47 Website Business Dictionary: investment treaty, <http://www.businessdictionary.com/definition/investment-treaty.html>, Zugriff: 13.02.2019.
- 48 Colen, Liesbeth; Persyn, Damiaan; Guariso, Andrea (2016): Bilateral Investment Treaties and FDI: Does the Sector Matter? In: World Development Vol 83, S. 193–206

- 49 Van Harten, Gus (2016): A Critique of Investment Treaties; Carim, Xavier: International Investment Agreements and Africa's Structural Transformation: A Perspective from South Africa In: Both Ends, Madhyam, Somo (Hg.): Rethinking Bilateral Investment Treaties: Critical Issues and Policy Choices, S. 41–50; Kluwer Arbitration Blog: Transparency, Legitimacy, and Investor-State Dispute Settlement: What Can We Learn from the Streaming of Hearings?, 09.06.2018
- 50 Carim, Xavier (2016): International Investment Agreements and Africa's Structural Transformation: A Perspective from South Africa In: Both Ends, Madhyam, Somo (Hg.): Rethinking Bilateral Investment Treaties: Critical Issues and Policy Choices, S. 55
- 51 UNCTAD (2018): Investor-State Dispute Settlement: Review of Developments in 2017, IIA Issues Note 2, S. 5
- 52 UNCTAD (2015): Investment Policy Framework for Sustainable Development, S. 78
- 53 UNCTAD (2015): Investment Policy Framework for Sustainable Development, S. 82 und 100
- 54 Website Wikipedia: Vattenfall gegen Bundesrepublik Deutschland, Zugriff: 19.11.2018; Bernasconi-Osterwalder, Nathalie; Johnson, Lise (2011): Kritische Bewertung des österreichischen Mustertextes für bilaterale Investitionsschutzabkommen, Studie im Auftrag der AK Wien, S. 3–4
- 55 Website International Institute for Sustainable Development: Government Regulatory Space in the Shadow of BITs: The Case of Tanzania's Natural Resource Regulatory Reform, 21.12.2017; Website Reuters: Acacia Mining threatens to invoke investment treaty in Tanzania dispute, Zugriff: 19.10.2018
- 56 Zhan, James X. (2016): International Investment Rule-making: Trends, Challenges and Way Forward In: Both Ends, Madhyam, Somo (Hg.): Rethinking Bilateral Investment Treaties: Critical Issues and Policy Choices, S. 18
- 57 UNCTAD (2015): Investment Policy Framework for Sustainable Development, S. 76–84
- 58 Website European Commission: Investment, <http://ec.europa.eu/trade/policy/accessing-markets/investment/>, Zugriff: 22.11.2018
- 59 Website European Commission: The Multilateral Investment Court project, Stand 10.10.2018, Zugriff: 22.11.2018
- 60 Küblböck, Karin; Grohs, Hannes (2017): EU-Verordnung zu „Konfliktmineralien“ – ein Schritt zu höherer Rechenschaftspflicht im Rohstoffsektor? OFSE Policy Note 18/2017, S. 1
- 61 UN (2011): Guiding Principles on Business and Human Rights, HR/PUB/11/04
- 62 Netzwerk Soziale Verantwortung: Menschenrechte ohne Grenzen – Menschenrechtliche Unternehmensverantwortung bei Auslandsaktivitäten, S. 5
- 63 Website UN Human Rights Council: Open-ended intergovernmental working group on transnational corporations and other business enterprises with respect to human rights, Zugriff: 13.02.2019
- 64 Website EITI, <https://eiti.org/>, Zugriff: 28.02.2019
- 65 Website Klima der Gerechtigkeit: Deutschlands Rohstoffsektor wird ein bisschen transparenter: zur Veröffentlichung des ersten D-EITI Berichts, 01.09.2017, Zugriff: 14.02.2019
- 66 Website European Commission: Public country-by-country reporting, Zugriff: 13.02.2019
- 67 Website OECD: OECD Due Diligence Guidance for Responsible Supply Chains of Minerals from Conflict-Affected and High-Risk Areas, Zugriff: 23.11.2018
- 68 Website Europäische Kommission: Wissenswertes über die Verordnung, http://ec.europa.eu/trade/policy/in-focus/conflict-minerals-regulation/regulation-explained/index_de.htm, Zugriff: 23.11.2018
- 69 Küblböck, Karin; Grohs, Hannes (2017): EU-Verordnung zu „Konfliktmineralien“ – ein Schritt zu höherer Rechenschaftspflicht im Rohstoffsektor? OFSE Policy Note 18/2017
- 70 Holsteiner, Robert, Reichl, Christian; Strobl, Susanne; Wagner, Sebastian (2015): Die Rolle Österreichs im Rohstoffbereich, in: OFSE (Hg.): Österreichische Entwicklungspolitik 2015: Rohstoffe und Entwicklung, S. 59; Dreikönigsaktion, CEDIB, OFSE (2016): Faire Verbindung? Tantal für die High-Tech-Industrie und die Folgen seines Abbaus in Bolivien, S. 13
- 71 Website Montanuniversität Leoben: Top-Platzierungen bei internationalem Ranking, 15.10.2018, Zugriff: 09.11.2018
- 72 Website European Commission: EIP on Raw Materials: Members, <https://ec.europa.eu/growth/tools-databases/eip-raw-materials/en/members>, Zugriff: 09.11.2018
- 73 Website EMICON, <https://www.emicon.com/>, Zugriff: 22.01.2019
- 74 WKO: Bergbau: Struktur, Zukunft und Trends der Branche, Stand: 18.12.2017, Zugriff: 15.11.2018
- 75 WKO (2014): Kommentar Wirtschaftspolitik 2014/12, Neue Liste der kritischen Rohstoffe und Implikationen für die Wirtschaft.
- 76 Website BMNT: Rohstoffstrategie, Zugriff: 13.02.2019
- 77 Europäische Kommission: Mitteilung über die Liste kritischer Rohstoffe für die EU 2017, COM(2017) 490 final
- 78 BMVIT (2018): Produktion der Zukunft – Definition: Kritische Rohstoffe und potenziell kritische Rohstoffe mit Bezug zu Österreich, 15.5.2018
- 79 Website BMNT: Rohstoffstrategie, Zugriff: 05.11.2018
- 80 Website BMNT: RESET2020 – Die neue Ressourceneffizienz-Initiative, Zugriff: 07.02.2019
- 81 Website BMDW: Bilaterale Investitionsschutzabkommen – Länder, Stand: 22.11.2017
- 82 Agreement for the Promotion and Protection of Investment between the Republic of Austria and..., <https://www.bmdw.gv.at/investitions politik/Documents/MustertextBITsOsterreich.pdf>, Zugriff: 13.02.2019
- 83 Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Republik Armenien über die Förderung und den Schutz von Investitionen, Fassung vom 24.09.2010
- 84 BMEIA, ADA: Länderinformation Armenien, September 2018
- 85 WKO: Länderprofil Armenien, Stand: Okt. 2018, Umrechnung nach Wechselkurs der OeNB vom 9.1.2019
- 86 WTO (2018): Trade policy review Armenia – Summary, https://www.wto.org/english/news_e/archive_e/country_arc_e.htm?country1=ARM, Zugriff: 22.11.2018
- 87 European Union Action to Fight Environmental Crime (2015): Environmental crime in Armenia, S. 3 und 19
- 88 UNCTAD (2012): Fair and equitable treatment – UNCTAD Series on Issues in International Investment Agreements II, S. 66–67, 91
- 89 Carim, Xavier (2016): International Investment Agreements and Africa's Structural Transformation: A Perspective from South Africa In: Both Ends, Madhyam, Somo (Hg.): Rethinking Bilateral Investment Treaties: Critical Issues and Policy Choices, S. 54
- 90 Bernasconi-Osterwalder, Nathalie; Johnson, Lise (2011): Kritische Bewertung des österreichischen Mustertextes für bilaterale Investitionsschutzabkommen, Studie im Auftrag der AK Wien, S. 23–24
- 91 BMEIA, ADA (2010): Leitlinie Wirtschaft und Entwicklung
- 92 Website AK Rohstoffe: Rohstoffverbrauch senken, Zugriff: 11.01.2019

Diese Broschüre wurde mit finanzieller Unterstützung der Austrian Development Agency produziert. Für den Inhalt ist die Herausgeberin allein verantwortlich.



In Folge eines Dammbrochs in Mariana in Brasilien ist eine betroffene Gemeinde auf Trinkwasser aus Flaschen angewiesen, weil das örtliche Wasser durch den Dammbroch verseucht wurde.